

Abgeordnetenhaus B E R L I N

17. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt

39. Sitzung
19. März 2014

Beginn: 11.05 Uhr
Schluss: 12.30 Uhr
Vorsitz: Dr. Manuel Heide (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Dr. Manuel Heide weist darauf hin, dass der RBB in der heutigen Sitzung Bild- und Tonaufnahmen fertigen werde.

Zu dem neuen TOP 5 – siehe Mitteilung zur Einladung –

Vorlage – zur Beschlussfassung – **0126**
Drucksache 17/1092 StadtUm
Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Durchführung des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes im Land Berlin und zur Änderung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes

sei kurzfristig ein umfangreicher Änderungsantrag eingegangen. Er stelle zur Diskussion, ob vor diesem Hintergrund eine Vertagung des Tagesordnungspunktes sinnvoll sei.

Danny Freymark (CDU) beantragt Vertagung auf die nächste Sitzung des Ausschusses.

Silke Gebel (GRÜNE) stellt den Antrag, ebenfalls TOP 2b und TOP 3 zu vertagen und gemeinsam mit der Besprechung zum Dualen System aufzurufen. Sie bitte, dies mit einer Anhörung zu verbinden.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Rückbau des Kiehlstegs im Bezirk Neukölln

Philipp Magalski (PIRATEN) fragt hinsichtlich des geplanten Rückbaus des Kiehlstegs in Neukölln, wie der Senat die Kommunikation mit der BVV Neukölln und den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, die durch Anliegerproteste und Beschwerden ihren Unmut über den Rückbau und die nicht vorhandene Informationspolitik des Senats zum Ausdruck gebracht hätten, einschätzen.

Bürgermeister Michael Müller (SenStadtUm) erklärt, es gebe die Pläne für einen Rückbau bereits seit Längerem, und zwar in Abstimmung mit dem Bezirksamt Neukölln. Es habe auch mehrere öffentliche Veranstaltungen hierzu gegeben, in denen der beabsichtigte Rückbau kommuniziert worden sei, und mindestens eine öffentliche Sitzung des zuständigen BVV-Ausschusses vor Ort stattgefunden. Dies bedeute, es sei frühzeitig über das Vorhaben informiert worden.

Philipp Magalski (PIRATEN) erkundigt sich im Weiteren, wie der Umweltsenator die Toxizität des seit 2012 als Rostschutz verbotenen und am Kiehlsteg verwendeten Bleiorthoplumbats – auch als Mennige-Bleirot oder -Goldzinnober bekannt – bewerte und welche Sicherheitsmaßnahmen beim Rückbau ergriffen werden müssten, um weder Anwohner noch den nur wenige Meter entfernten Spielplatz durch die Freisetzung dieses Toxins zu gefährden.

Bürgermeister Michael Müller (SenStadtUm) antwortet, er habe keine Kenntnis davon, welche Rostschutzfarbe an der Brückenkonstruktion verwendet worden sei und welche Toxizität diese Farbe besitze. Die Frage bestätige jedoch eher die Entscheidung für einen Rückbau. Der Steg werde übrigens nicht in Einzelteile zerlegt, sondern herausgehoben und komplett entfernt, sodass dann etwaige schädliche Stoffe nicht mehr vorhanden seien.

Altpapiersammlung

Silke Gebel (GRÜNE) stellt die Frage, was mit den rund 16 000 vollen blauen Altpapiertonnen – ca. 300 Tonnen Altpapier – geschehen werde, für deren Entsorgung eine inzwischen „abgetauchte“ private Papierentsorgungsfirma zuständig sei.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenStadtUm) weist eingangs darauf hin, dass in Berlin die Altpapiersammlung grundsätzlich im Rahmen gewerblicher Sammlungen durchgeführt werde. Darüber hinaus bestehe die Möglichkeit, die Papierabfälle entgeltfrei auf einem der 15 Berliner Recyclinghöfe abzugeben. Gewerbliche Sammler von Abfällen seien nach dem 2012 in Kraft getretenen Kreislaufwirtschaftsgesetz verpflichtet, die Sammlung bei der zuständigen Behörde anzuzeigen. Diese prüfe sodann, ob die Sammlung und Entsorgung ordnungsgemäß erfolge und ob der Sammlung öffentliche Interessen entgegenstünden. Alles Weitere sei Sache der privaten Kunden bzw. Betreiber. Dies bedeute, dass Ausweichmöglichkeiten für eine Entsorgung existierten. Eine Verpflichtung der Kommune, tätig zu werden, könne er deshalb nicht erkennen. Die Frage tangiere letztlich eher Verbraucherschutzaspekte.

Silke Gebel (GRÜNE) greift den Hinweis auf, dass die Papiersammlung wettbewerblich organisiert sei, und fragt, ob die gesetzlichen Möglichkeiten einer Einflussnahme des Staates genutzt würden: Welche Bedingungen, zeitliche Befristungen, Auflagen und Sicherheitsleistungen zur Absicherung der Ersatzansprüche stelle der Senat an die gewerbliche Papiersammlung in Berlin, um derartige „Altpapierdesaster“ zu verhindern?

Staatssekretär Christian Gaebler (SenStadtUm) widerspricht dem mit der Frage vermittelten Eindruck, in Berlin bestünde ein Entsorgungsnotstand. Zum einen sei lediglich ein kleiner Teil der Haushalte von der geschilderten Situation betroffen, und zum anderen habe jeder die Möglichkeit, sein Altpapier zu entsorgen – sei es über Annahmestellen oder andere gewerbliche Anbieter, die bereit und in der Lage seien, das Papier fach- und fristgerecht zu entsorgen. Da es sich bei Papier auch nicht um ein Gefahrengut handele, sei auch eine Ersatzvornahme resp. Sicherheitsleistung unverhältnismäßig.

Areal Teufelsberg

Katrin Lompscher (LINKE) erkundigt sich nach der Einschätzung Senator Müllers zum Verlauf des Runden Tisches zur Zukunft des Areals Teufelsberg und fragt, ob davon auszugehen sei, dass die sich dort abzeichnende Lösung des Verzichts auf eine großflächige Bebauung im Senat Konsens finde.

Bürgermeister Michael Müller (SenStadtUm) antwortet, der Runde Tisch habe inzwischen mehrfach getagt; an der letzten Sitzung habe er selbst teilgenommen. Er habe sich bei den ca. 40 Teilnehmern für das Engagement hinsichtlich des Auslotens der Möglichkeiten bedankt, das Areal zukünftig wieder für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen, aber auch den Grüncharakter zu erhalten. Er habe auch deutlich gemacht, dass keine ungesicherten Gebäudeteile vorhanden sein dürften. Bekanntermaßen hätten private Investoren Zugriff auf das Grundstück; die Weiterentwicklung des Areals müsse in Absprache mit ihnen geschehen. Grundsätzlich seien unterschiedliche Nutzungen, wie etwa Gastronomie, Ausstellungen oder kulturelle Angebote, denkbar. Er spreche sich allerdings gegen eine dauerhafte Nutzung des Areals als Veranstaltungs- und Eventstandort aus. Unter Leitung von SenStadtUm werde es Abstimmungsrunden geben, und auch der Runde Tisch werde weiter tagen.

Katrin Lompscher (LINKE) hebt hervor, dass sie den sich abzeichnenden Weg gutheiße. Sie bitte um Auskunft, wann mit einer Konkretisierung der Zielstellung zu rechnen sei.

Bürgermeister Michael Müller (SenStadtUm) erwidert, dass er bereits seit 2001 mit diesem Thema befasst sei. Aufgrund der immer wiederkehrenden Ankündigungen des privaten Investors, die bisher noch in keine konkreten Handlungen gemündet seien, wage er keine Prognosen hierzu. Es zeichneten sich allerding nunmehr Lösungsmöglichkeiten ab.

Duales System

Daniel Buchholz (SPD) fragt zum Sachstand im Bereich der Abfallpolitik hinsichtlich bundesweiter Probleme bei den Dualen Systemen Deutschlands – DSD –, über die in den Medien berichtet worden sei, und welche Auswirkungen diesbezüglich für Berlin zu erwarten seien.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenStadtUm) bestätigt, dass es im Bereich der DSD Probleme gebe. Zum einen hänge dies mit gesetzlichen Lücken zusammen, die den Ausstieg von Herstellern aus dem Entsorgungssystem ermöglichen, während die Verbraucher ihren Abfall weiterhin über das DSD entsorgten, was wiederum zu Finanzierungsproblemen führe. Das DSD zeige in dem Zusammenhang nicht genügend Verantwortungsbewusstsein. Darüber hinaus hätten die DSD die Clearingstelle Duale Systeme, die die Aufgabe habe, die Mittel aus dem System auf die Leistungserbringer zu verteilen, verlassen. In Berlin könne dies dazu führen, dass die beauftragten Unternehmen die Vergütungssumme über die Dualen System nicht mehr erhielten. Die betroffenen Betreiber hätten gegenüber dem Dualen System bereits angekündigt, dass sie in diesem Falle die Leistung einstellten, bis eine vollständige Vergütung erfolge. Er habe für den morgigen Tag den Geschäftsführer des Dualen Systems zum Gespräch geladen. In diesem Gespräch werde er deutlich machen, dass das Land Berlin dieses Verhalten nicht dulde und die Grundlage für die Freistellungserklärung entfiele, falls die Clearingstelle nicht weitergeführt und dafür Sorge getragen werde, dass eine ordnungsgemäße Abwicklung der Sammlung und der Finanzierungsströme gewährleistet werde. Diese unsichere Situation gelte im Übrigen für alle Bundesländer.

Bezüglich der Gesetzeslücken gebe es Initiativen auf Bundesebene – die Änderung der Verpackungsverordnung –, die von Berlin unterstützt würden. Er hoffe, dass ein Beschluss bis zur Sommerpause vorliege, sodass zumindest die Finanzierungsgrundlage wieder gegeben sei. Grundsätzlich müsse darüber nachgedacht werden, wie die Dualen Systeme in Richtung einer verstärkten Kontrolle und Mitsprache der Länder und Kommunen reformiert werden könnten. Eine Diskussion sei nach Auskunft des Bundesumweltministeriums unmittelbar im Anschluss vorgesehen und eine entsprechende Umsetzung werde möglichst noch in diesem Jahr auf den Weg gebracht.

Daniel Buchholz (SPD) begrüßt die Bemühungen des Senats. Angesichts eines drohenden berlinweiten Ausfalls einer Entsorgung der Wertstofftonne seien die angekündigte Verweigerung bzw. Entziehung der Freistellung der richtige Weg.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenStadtUm) erklärt, es könne davon ausgegangen werden, dass im Falle eines „Implodierens“ des DSD die vorhandenen anderen Entsorgungskapazitäten in Berlin ausreichten. Problem wäre nicht die Entsorgung an sich, sondern die Finanzierung, d. h. es müsse eine Zwischenfinanzierung über den kommunalen Entsorger oder das Land Berlin erfolgen. Chaotische Zustände bei der Müllentsorgung – wie in anderen Ländern anzutreffen – seien in Berlin nicht zu befürchten.

Estrel-Tower

Burkard Dregger (CDU) möchte wissen, wie Senator Müller die Pläne für einen Estrel-Tower im Bereich des Estrel-Hotels in Neukölln beurteile und ob dieses Vorhaben seitens des Senats unterstützt werde.

Bürgermeister Michael Müller (SenStadtUm) antwortet, dieses Vorhaben finde große Zustimmung. Es habe zu dem Erweiterungsvorhaben eine längere Debatte und unterschiedliche Konzepte gegeben. Hinsichtlich der jetzt veröffentlichten Konzeption bestehe Einvernehmen. Das Hochhaus werde mit rund 170 Metern zukünftig das höchste Gebäude Berlins sein. Es sei

architektonisch ein Gewinn für die Stadt und schaffe wichtige zusätzliche Kapazitäten im Messe- und Kongressbereich.

Punkt 2 der Tagesordnung

- | | |
|--|--|
| a) Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 17/1369
Glascontainer müssen bleiben | <u>0141</u>
StadtUm |
| b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Ein Jahr Wertstofftonne – Evaluation der Getrenntsammlung in Berlin
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) | <u>0146</u>
StadtUm |

Vorsitzender Dr. Manuel Heide weist darauf hin, dass zu TOP 2a bereits eine Anhörung stattgefunden habe. Inzwischen seien diese durch einen All-Parteien-Antrag [siehe Anlage 2 zum Beschlussprotokoll StadtUm 17/39] ersetzt worden.

Marion Platta (LINKE) begrüßt es, dass sich alle Fraktionen auf einen gemeinsamen Antrag zur Lösung des Problems verständigt hätten. In diesem Antrag fänden sich etliche Passagen, die bereits im ursprünglichen Antrag der Fraktion Die Linke enthalten gewesen seien. Wesentlicher Aspekt sei z. B. die Einbeziehung der verschiedenen Akteure wie Wohnungseigentümer, Wohnungsverbände, Mietervertretungen und Institutionen der Umweltberatung. Ihre Fraktion hoffe, dass die vielen anderen Zusagen des Senats an die Bürger ebenfalls umgesetzt würden. So liege ihr beispielsweise ein Schreiben an einen Lichtenberger Bürger vor, in dem es heiße, dass die Verwaltung angewiesen worden sei, keine weiteren Reduzierungen des Holsystems zuzustimmen, bevor nicht belastbare Ergebnisse vorlägen. Sie frage, auf welche Gebiete sich diese Zusagen beziehe.

Daniel Buchholz (SPD) stellt die Besonderheit heraus, dass ein gemeinsamer Antragstext formuliert worden sei. Die Anhörung am 15. Januar 2014 habe gezeigt, dass das Duale System der Verursacher der chaotischen Zustände in vielen Ostberliner Bezirken sei. Dort seien überhastet an vielen Stellen die Haus- und Hoftonnen für die Altglassammlung entfernt worden, wobei es in erster Linie darum gegangen sei, Kosten zu reduzieren. Der vorliegende Antrag sei sehr ausführlich und stelle ein kraftvolles Signal des Parlaments dar, dass man die Einschränkungen der haushaltsnahen Altglassammlung nicht hinnehmen wolle. Mit dem Antrag sei die Forderung verbunden, die Hoftonnen stadtweit zu erhalten, die abgebauten Tonnen wieder aufzustellen sowie Maßnahmen zu ergreifen, um die Sammelqualität zu verbessern und die Öffentlichkeitsarbeit deutlich zu verstärken.

Der Senat werde aufgefordert, die Aufgabenstellung für das gemeinsam mit dem DSD beauftragte Gutachten deutlich zu erweitern und ggf. weitere Gutachter einzuschalten. Dies geschehe vor dem Hintergrund, dass eine Vergleichsmessung mit der Ausgangssituation – „Nullmessung“ – im betroffenen Gebiet nicht mehr möglich sei. In diesem Zusammenhang seien in dem Antrag acht Fragen formuliert worden, die ergänzend erörtert werden sollten.

Die haushaltsnahe Sammlung habe sich jahrzehntelang bewährt. Um die Qualität des gesammelten Altglases zu verbessern, schlage man folgende Maßnahmen vor: Sicherstellung einer häufigeren und möglichst sortenreinen Trennung des Altglases, Ausstattung der Haus- und Hoftonnen mit einer Schließvorrichtung und kleineren Einwurflöchern, Reduzierung des Glasbruchs durch schonende Leerung der Tonnen und Begrenzung der Umladevorgänge auf ein Minimum, Verstärkung der Öffentlichkeitskampagne zur Verbesserung der Sammelqualität und Steigerung der Sammelmenge sowie die Verbesserung der Kennzeichnungen, um Fehlwürfe zu vermeiden.

Die Koalition habe als weiteren Besprechungspunkt das Thema „Zukunft der Dualen Systeme – Auswirkungen auf das Land Berlin“ auf die Agenda gesetzt. In dem Zusammenhang werde zu erörtern sein, ob sich die Dualen Systeme inzwischen nicht überlebt hätten.

Danny Freymark (CDU) weist auf die Detailliertheit des Antrags hin, der dadurch nahezu eine Handlungsempfehlung darstelle. Er begrüße ebenfalls, dass ein All-Parteien-Antrag ermöglicht worden sei. Auf der anderen Seite irritierten Presseberichte, in denen von Oppositionsseite der Eindruck vermittelt worden sei, die Koalition sei in der Vergangenheit unzureichend tätig geworden. Richtig sei jedoch, dass die Koalitionsfraktionen von Anfang an bemüht gewesen seien, eine Lösung herbeizuführen. Dies sei wegen der Abstimmungsvereinbarung zwischen der Senatsverwaltung und dem Dualen System schwierig gewesen. Er freue sich, dass mit dem vorliegenden Änderungsantrag nunmehr ein „Meisterstück“ gelungen sei. Es sei jetzt an dem Senat, zu handeln und eine zufriedenstellende Lösung zu erarbeiten. Er hoffe auch, dass der Runde Tisch zu einem Einlenken des Dualen Systems beitragen werde.

Silke Gebel (GRÜNE) stellt fest, nun sei es Aufgabe des Senats, durch den Parlamentsbeschluss mit „gestärktem Rücken“ in die Verhandlung mit dem Dualen System zu gehen, und zwar mit dem Ziel, dass es keine Veränderungen bei den weiteren Ausschreibungen geben werde, keine weiteren Tonnen abgezogen und die abgezogenen Tonnen wieder aufgestellt würden. Der Zeitpunkt für den Beschluss sei wichtig, da im Mai die nächste Ausschreibung – für die Bezirke Mitte, Reinickendorf und Pankow – anstehe. Sie bedanke sich ausdrücklich, dass es gelungen sei, fraktionsübergreifend Einigkeit zu erzielen.

In dem Antrag komme – was entscheidend sei – zum Ausdruck, dass der Bürger der erste Dienstleister bei der Mülltrennung sei. Aus diesem Grund sei die Öffentlichkeitsarbeit elementar – auch für die anderen Bereiche der Abfallentsorgung. Denkbar seien in dem Zusammenhang regelmäßige Briefwurfsendungen, die über die korrekte Mülltrennung aufklärten. Auch müssten Aufkleber, mit denen darüber informiert werde, welches Gut in der Glastonne entsorgt werden könne, besser lesbar angebracht sein. Diese Maßnahmen brächten eine deutlich bessere Sammelqualität.

Es sei bereits darauf hingewiesen worden, dass sich das Duale System in einer Schieflage befindet. Es könne jedoch nicht angehen, dass die Berliner nun für diese – im Übrigen vom Dualen System selbst zu verantwortene – Schieflage zu bezahlen hätten. Dem solle ein Riegel vorgeschoben werden, wobei nicht zu verhehlen sei, dass die Rückführung in den alten Zustand einige Zeit in Anspruch nehmen werde. Auch die geforderte Nachrüstung der Tonnen werde nicht kurzfristig möglich sein. – Es sei zu begrüßen, dass der Beschlussantrag die Aufladung beinhaltet, bereits zum 30. April 2014 über die ersten Umsetzungsschritte zu berichten.

ten, und sie halte auch die weitere öffentliche Diskussion im Ausschuss für wichtig. Runde Tische seien nur dann sinnvoll, wenn auch tatsächlich ergebnisoffen diskutiert werde.

Philipp Magalski (PIRATEN) äußert ebenfalls seine Freude über den gemeinsamen Antrag, wobei nicht nur die Verbraucherfreundlichkeit der haushaltsnahen Sammlung, sondern auch deren ökologische Auswirkungen von Bedeutung seien. Die Anhörung habe gezeigt, wie wichtig kurze Wege für ein abfallwirtschaftliches Handeln der Verbraucher seien. Inwieweit der Vorstoß erfolgreich sei, werde sich zeigen, denn bekanntermaßen bestehe keine rechtliche Verpflichtung, dass das Duale System etwaigen Aufforderungen des Senats nachzukommen habe. Vor diesem Hintergrund sei es von besonderem Interesse, dass die SPD-Fraktion die Systemfrage gestellt habe.

Marion Platta (LINKE) greift den Beitrag von Abg. Freymark auf. Von einem „Meisterstück“ könne ihres Erachtens nicht gesprochen werden, wenn Aspekte wie z. B. die Situation der Depotcontainerstellplätze – Beschriftung, Aussehen, Standortwahl etc. – außer Acht gelassen seien. Dieses Thema spiele in die Zuständigkeit der Bezirke, müsse aber auch im Rahmen des Runden Tisches Erörterung finden. Wenn, wie behauptet, das Thema „von Anfang an“ begleitet worden wäre, wäre es nicht zu dieser Art der Vereinbarung gekommen, und es hätte schon früher ein Runder Tisch einberufen werden müssen. Sie bitte darum, dass sich die umweltpolitischen Sprecher der Fraktionen über die konkrete Ausgestaltung des Runden Tisches unterhielten – Geschäftsordnung, Wirkungsweise etc. Auch wäre eine Verständigung über die Umsetzung der Ergebnisse wünschenswert.

Daniel Buchholz (SPD) entgegnet, es sei wenig sinnvoll, in einen Wettstreit darüber zu treten, wer als erster tätig geworden sei. Wenn sich Frau Abg. Platta an dem Begriff „Meisterstück“ stoße, so sei noch einmal darauf hingewiesen, dass der gemeinsame Antrag eine ganz besondere Leistung darstelle. – Mit dem Beschlussantrag gehe einher, dass die Bezirke davon entbunden würden, weitere Iglu-Standorte auszuweisen. Die Öffentlichkeit werde in herausgehobener Weise auch über die Debatte im Umweltausschuss hergestellt, in dem regelmäßig über den aktuellen Sachstand zu berichten sei und ggf. auch das DSD zu einem Bericht eingeladen werden könne. Notwendige Transparenz werde ebenfalls durch die zwei angeforderten Berichte – zum 30. April und nach Abschluss des zu beauftragenden Gutachtens – hergestellt.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenStadtUm) widerspricht der Auffassung, der Senat habe sich nicht intensiv mit dem Problem befasst. Vielmehr sei ein längerer Streit mit dem DSD geführt worden. Auch sei die Vergangenheitsbetrachtung müßig, insbesondere vor dem Hintergrund, dass im Frühjahr 2012 eine bereits weitgehend ausverhandelte Abstimmungsvereinbarung vorgefunden worden sei, die sich lediglich in einem Nebensatz mit der Glassammlung auseinandersetze und deren Inhalt zunächst nicht als brisant angesehen worden sei. – Er sei erfreut, dass sich die Fraktionen klar auf bestimmte Punkte geeinigt hätten; diese seien auch für ihn von besonderer Bedeutung und würden in die Gespräche mit dem DSD eingebracht. Hervorzuheben sei, dass es keinen weiteren Abzug von haushaltsnahen Glastonnen geben werde. In einigen Bereichen seien auch bereits abgezogenen Tonnen wieder aufgestellt worden. Es werde dafür gesorgt, dass der 300-Meter-Radius eingehalten werde.

Die genannte „Nullmessung“ sei vorgenommen worden, und nach Auswertung des hierzu erstellten Gutachtens werde weiter berichtet. Darauf hinaus sei man auch mit Berlin Recycling und der BSR im Gespräch, sodass eine möglichst genaue Erfassung der Situation

gewährleistet sei. Die Haltung der Fraktionen des Abgeordnetenhauses werde in die weiteren Gespräche eingebracht, und spätestens Anfang nächsten Jahres werde darüber zu entscheiden sein, welche Maßnahmen zielführend seien, um sowohl eine hohe Glasqualität sicherzustellen als auch Verbraucherinteressen zu berücksichtigen.

Der **Ausschuss** beschließt einstimmig, den gemeinsamen Änderungsantrag aller Fraktionen zu dem Antrag – Drucksache 17/1369 – anzunehmen. Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig, dem Plenum die Annahme des Antrags – Drucksache 17/1369 – in der zuvor geänderten Fassung zu empfehlen. Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung. Abschließend zu Punkt 2 a) der Tagesordnung beschließt der Ausschuss einvernehmlich die Dringlichkeit der Beschlussempfehlung.

Punkt 2b der Tagesordnung wird einvernehmlich vertagt.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Stand und Potenziale der Sammlung und
Verwertung von biogenen Abfällen in Berlin unter
Berücksichtigung des Abfallwirtschaftskonzeptes für
das Land Berlin (siehe Drs. 17/0891
„Abfallwirtschaftskonzept für das Land Berlin“)
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der
CDU)**

[0099](#)
StadtUm

Vertagt.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/0976
**Mehr als Honig: Das Bienensterben stoppen –
auch in Berlin**

[0107](#)
StadtUm

Dr. Turgut Altug (GRÜNE) weist zunächst darauf hin, dass auch weiterhin ein Bienensterben zu verzeichnen sei – der Antrag sei zwar bereits 10 Monate alt, aber unvermindert aktuell. Grund hierfür seien die Amerikanische Faulbrut und der Einsatz von Pestiziden mit Wirkstoffen, der Bienen gefährlich werden könne. Allein im Winter 2011/2012 seien in Deutschland rund 25 % der Bienenvölker gestorben. Dieses Sterben sei nicht nur für die betroffenen Imker, sondern für alle Menschen dramatisch, denn ein Drittel der Nahrungsmittel würde ohne das Zutun der Bienen nicht gedeihen – die Bestäubung der Kulturpflanzen erfolge zu 80 % durch Honigbienen. Der Schutz der Honigbienen sei deshalb auch eine Frage wirtschaftlicher Vernunft. Der volkswirtschaftliche Nutzen der Honigbiene werde alleine in Deutschland auf über 2 Milliarden Euro geschätzt. Die nahezu 100 000 Imker produzierten etwa 25 000 Tonnen Honig pro Jahr und deckten damit etwa 20 % des heimischen Bedarfs.

Während zerstörte Lebensräume, der Klimawandel und die industrielle Landwirtschaft den Bienen zusetzen, fühlten sich die Insekten in Berlin relativ wohl. Dies hänge damit zusammen, dass über das ganze Jahr hinweg ein reichhaltiges Nahrungsangebot vorhanden sei und die Temperatur in der Stadt ca. 2 Grad höher sei als in der Umgebung. Die Zahl der Imker in Berlin steige, und auch junge Menschen entdeckten die alte Tradition.

Der Senat werde aufgefordert, folgende Initiativen zum Schutz der Bienen zu ergreifen: Bei Ersatz- und Neubepflanzungen sollten sowohl auf die Bienenfreundlichkeit der verwendeten Pflanzen geachtet – z. B. Robinie, Ahorn oder Linden – als auch neue insektenfreundliche Bepflanzungsmaßnahmen für landeseigene Flächen entwickelt werden. Die Berliner Bevölkerung müsse stärker für das Thema sensibilisiert werden, indem z. B. auf insektenfreundliche Bepflanzungen hingewiesen werde. Im Weiteren sollten die Bezirke dazu angeregt werden, Flächen auszuweisen, auf denen Bienenvölker gepflegt werden könnten – z. B. auf öffentlichen Gebäuden. Um das Bienensterben zu bekämpfen, werde ein landeseinheitliches Monitoring-, Untersuchungs- und Bekämpfungskonzept gegen die Amerikanische Faulbrut benötigt.

Sowohl für die Bekämpfung der Faulbrut als auch die Fort- und Weiterbildung von neuen Imkern seien 31 500 Euro – seine Fraktion habe 50 000 Euro beantragt – im Haushalt bereitgestellt worden. Die Höhe des Ansatzes werde zwar dem Problem nicht gerecht, stelle jedoch zumindest einen Anfang dar. – Er bitte um Unterstützung des Antrags unter Änderung des Berichtsdatums auf den 31. August 2014.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenStadtUm) äußert die Ansicht, der Antrag sei inhaltlich nicht erforderlich, auch wenn das Thema an sich von Bedeutung sei. Die Situation der Imkerei in Berlin – so auch Berichte aus den Fachkreisen – sei grundsätzlich positiv. Dies hänge u. a. damit zusammen, dass die Imker breite Zustimmung und Unterstützung hätten. Zu erwähnen seien in diesem Zusammenhang die Initiative "Berlin summt", der Berliner Hymenopterendienst des NABU, der über alle Hautflügler informiere, die Auszeichnung eines Imkers mit dem Naturschutzpreis der Stiftung Naturschutz. Auf dem Imkertag im letzten Jahr, an dem er ebenfalls teilgenommen habe, sei im Übrigen versichert worden, dass man sich auf gutem Wege befindet.

Er teile die Auffassung, dass darauf geachtet werden müsse, geeignete blühende Pflanzen zu setzen und zu erhalten. SenStadtUm unterstütze Neupflanzungen von entsprechenden Bäumen, namentlich mit der Stadtbauhoffensive. In Gesprächsrunden mit den Gartenämtern werde das Thema ebenfalls erörtert. Ziel sei es, die biologische Vielfalt zu fördern, wobei nicht nur die Nahrung für Honigbienen, sondern auch Aspekte wie das Wachstum heimischer Gehölze von Bedeutung seien. Bei alledem müssten auch die beschränkten finanziellen Ressourcen in Betracht gezogen werden. Schließlich müsse darauf hingewiesen werden, dass die Gemeinschaft aller blütenbesuchenden Arten in den Blick genommen, d. h. ausreichend Lebensraum für die zahlreichen solitärlebenden Wildbienen und anderen Hautflügler bereitgestellt werden müsse, die teilweise andere Vorlieben hätten als die Honigbiene. Der Wunsch, als vorrangige Dienstleistung der Berliner Verwaltung für die Imkerei Flächen auszuweisen bzw. die Bepflanzung privater Gärten zu beeinflussen, sei in dieser Form nicht umsetzbar, und die Fokussierung auf die Honigbiene ohne Berücksichtigung der anderen blütenbesuchenden Insekten nicht hilfreich. Ein Umsteuerungsbedarf sei nicht zu erkennen.

In Berlin könne nicht von einem Bienensterben gesprochen werden. Auch hinsichtlich der Amerikanischen Faulbrut sei mit insgesamt 10 Ausbrüchen in den letzten sechs Jahren keine außergewöhnliche Häufung zu erkennen. Dennoch müsse man dieses Thema im Auge behalten. In Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsministerium werde Unterstützungsarbeit geleistet. Neben direkter Unterstützung der Imkerverbände und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit gehöre dazu auch die finanzielle Unterstützung des gemeinsam mit Sachsen-Anhalt, Sachsen, Brandenburg und Thüringen betriebenen Länderinstituts für Bienenkunde e. V. in Hohen Neuendorf. Das Institut trage dazu bei, die Forschung voranzutreiben und die Erkenntnisse in die praktische Arbeit umzusetzen.

Philipp Magalski (PIRATEN) äußert den Eindruck, es werde zu wenig berücksichtigt, dass die Situation der Honigbiene als Indikator für den Zustand von Natur und Umwelt insgesamt anzusehen sei. Mit den im Antrag aufgestellten Forderungen werde letztlich nicht nur die Honigbiene unterstützt, sondern sie kämen auch den Menschen zugute. Bei etlichen Agrarkulturen bestehe ein direkter Zusammenhang zwischen Ertrag und Bienenbesuch. Deshalb sei es sowohl aus ökologischer als auch landwirtschaftlicher Sicht erstrebenswert, den Schutz der Bienen zu verbessern. Zwar gebe es in Berlin nur wenig ertragreiche Landwirtschaft, dafür in Brandenburg umso mehr. Es wäre zu begrüßen, wenn Berlin in Zusammenarbeit mit Brandenburg weiter Vorbild sei. Aus diesem Grund unterstütze seine Fraktion den Antrag der Grünen. Auch angesichts des volkswirtschaftlichen Nutzens der Honigbiene sehe man Berlin in der Pflicht, den Honigbienen bestmögliche Lebenssituationen zu gewähren. In Zusammenarbeit mit allen Akteuren in diesem Bereich gelte es, neue insektenfreundliche Bewirtschaftungskonzepte zu entwickeln. Modellprojekte zur Förderung artenreicher Blumenwiesen gebe es bereits in einigen Bundesländern, und sie sollten auch in Berlin gestartet werden.

Marion Platta (LINKE) erklärt, ihre Fraktion halte den Antrag der Grünen für sinnvoll und werde ihm zustimmen. Der Antrag beziehe sich nicht explizit auf die Honigbiene, sondern auf alle Bienen. Die im Antrag als Kooperationspartner erwähnten Umwelt- und Naturschutzverbände kümmerten sich insbesondere um die Wildbienenarten. Auch käme alles, was man zugunsten der Honigbiene initiere, ebenfalls den Wildbienen zugute. – Bei der Umgestaltung von Parkanlagen entstünden immer mehr wassergebundene Decken, die keinen geeigneten Lebensraum für Wildbienen darstellten. Dies werfe die Frage auf, ob die Bienenfreundlichkeit bei solchen Umgestaltungsmaßnahmen berücksichtigt werde.

Es fänden regelmäßig Fachveranstaltungen statt, die sich damit beschäftigten, durch welche Maßnahmen die biologische Vielfalt in der Stadt erreicht werden könne. Sie bedauere, dass die Protokolle dieser Veranstaltungen nicht zugänglich seien und über diese Runden kaum berichtet werde. Sie bitte darum, die Ergebnisse dieser Fachtagungen öffentlich zu machen und dem Parlament die erarbeiteten Maßnahmenpläne rechtzeitig zur Kenntnis zu geben, um das Vorhaben begleiten zu können. Aus diesem Grund halte sie den vorliegenden Antrag für wichtig.

Irene Köhne (SPD) trifft die Feststellung, dass Berlin bereits recht bienenfreundlich sei. In den letzten Jahren siedelten immer mehr Bürger Bienenvölker an. Die Imkerkurse seien gut besucht, und im Anschluss an die Kurse finde eine weitere Betreuung der Imker statt. Auf Initiative der SPD-Fraktion hätten sich die Kleingartenvereine verpflichtet, mindestens zwei Bienenstöcke zu beherbergen. Auch die Bezirke beschäftigten sich mit dem Themenkomplex. So werde z. B. bei Baumspenden darüber informiert, welche Pflanzungen der biologischen

Vielfalt dienten, und Wiesen im Stadtgebiet würden nur noch selten gemäht. Diese Vielfalt des Angebots komme den Bienen zugute. Nach alledem werde der vorliegende Antrag für entbehrlich gehalten.

Dr. Turgut Altug (GRÜNE) weist darauf hin, dass er bisher wenig über konkretes Handeln des Senats gehört habe. Koalition und Senat entzögen sich ihrer Verantwortung, wenn sie lediglich auf die Aktivitäten anderer verwiesen. Es sei unzutreffend, dass in dem Antrag lediglich die Honigbiene Berücksichtigung finde, sondern es gehe insgesamt um die bestäubenden Insektenarten. Er halte es für ein „Armutszeugnis“, wenn darauf verwiesen werde, dass Berlin kein Problem mit dem Bienensterben habe. Der Imkerverband zeichne ein anderes Bild, sodass es erforderlich sei, Strategien zu entwickeln, um gegen solche ansteckenden Krankheiten vorzugehen.

Staatssekretär Christian Gaebler (SenStadtUm) widerspricht der Auffassung, der Senat sei untätig, und verweist hierzu auf seine Ausführungen zu Beginn. Er könne auch nicht der Meinung beitreten, der Senat müsse auf jeglichem Gebiet steuernd, wenn nicht gar bevormundend eingreifen. Er habe geschildert, dass es gerade in diesem Bereich vielfältige Initiativen gebe, die der Senat auch unterstütze und die in übergreifende Strategien eingebunden seien. Da gerade in Berlin noch andere Gesichtspunkte als rein agrarpolitische eine Rolle spielen, sei es nicht möglich, sämtliche Bepflanzungen allein auf die Bedürfnisse der Bienen auszurichten. Genau dies fordere der Antrag implizit. Die Berliner Strategie für biologische Vielfalt und die Strategie Stadtlandschaften deckten die gesamte Bandbreite auf diesem Gebiet ab, und eine isolierte Betrachtung eines Einzelthemas sei nicht sinnvoll. Bei alledem gelte es darüber hinaus, auch die Bedürfnisse der Stadtbevölkerung zu beachten. Für einen notwendigen Interessenausgleich seien die Fachgremien geschaffen worden. Am 31. März finde eine große Konferenz statt, auf der die Zwischenergebnisse dargestellt würden. Auf dieser Grundlage könne dann entschieden werden, wo noch Handlungsbedarf bestehe.

Der **Ausschuss** beschließt mehrheitlich, dem Plenum die Ablehnung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drucksache 17/0976 –, auch mit geändertem Berichtsdatum 31. August 2014, zu empfehlen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 17/1092

[0126](#)
StadtUm

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur
Durchführung des Erneuerbare-Energien-
Wärmegesetzes im Land Berlin und zur Änderung
des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes**

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.